

vhw

Neujustierung im Verhältnis von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Bürger!

Leitlinien für die künftige Ausrichtung des vhw in den Handlungsfeldern Wohnen und Stadtentwicklung

In Vorbereitung des für den Verbandstag 2009 erstellten Positionspapiers hat der vhw erste Prämissen formuliert, die die künftige Grundausrichtung des Verbandes in seinen wesentlichen Eckpunkten umreißt. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Bundestagswahl wurden die beiden großen Volksparteien CDU und SPD mit diesen Inhalten konfrontiert und um eine Stellungnahme gebeten. Im Anschluss an die drei Grundprämissen sind deshalb die Reaktionen von Bärbel Dieckmann (SPD) und Ronald Profalla (CDU) abgedruckt.

Eckpunkt 1

Der Wandel bundesrepublikanischer Staatlichkeit steht außer Frage, seine Ursachen sind vielfältig. Letztlich ist aber ein Befund unbestritten: Der Staat hat im Laufe seiner Entwicklung mehr Aufgaben übernommen, als er mit den ihm verfügbaren Ressourcen ernsthaft erfüllen kann. Er ist in der aktuellen Diskussion über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in die Defensive geraten.

Der Wandel der Staatsaufgaben und der damit zusammenhängende Umbau des politischen Systems wurden von einer auffälligen Karriere des Verantwortungsbegriffs begleitet. Das Verantwortungsprinzip steht im Zentrum der derzeitigen staatstheoretischen und verfassungsrechtlichen Diskussionen und dient dazu, das gewandelte Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu charakterisieren. Es ermöglicht einerseits die Inpflichtnahme staatlicher Akteure, andererseits lässt es genügend Spielraum für neue Formen der öffentlich-privaten Aufgabenorganisation und des Zusammenwirkens von Staat und Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund erhalten Fragen gesellschaftlicher Transparenz, Möglichkeiten der tatsächlichen Wahrnehmung von Partizipation der Bürger sowie das Maß der Verantwortung des Einzelnen für sich selbst und die Gestaltung der Gesellschaft einen neuen Stellenwert. Die Antwort ist das gesellschaftliche Leitbild der „Bürgergesellschaft“, das eine Neujustierung des Verhältnisses von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Bürger anstrebt. Auch bei dem Demokratie-Modell der „Bürgergesellschaft“ bleibt der Staat als Problemlöser gefordert. Auf der Suche nach einer neuen Orientierung staatlichen Handelns wurde das Leitbild des „Gewährleistungsstaates“ als Gegensatz zum bisherigen Leitbild des „Interventions-/Versorgungsstaates“ kreiert. Dieses Leitbild ist dadurch gekennzeichnet, dass es dem Staat die Aufgabe zuweist, überall dort die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu fördern, wo dies möglich ist, und sich bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben an den Leitgedanken einer

Stufung der Verantwortung zwischen Staat und Gesellschaft zu orientieren.

Es ist die „Philosophie“ dieses Leitbildes, die spezifischen Gemeinwohlkompetenzen der staatlichen, halbstaatlichen und privaten Akteure zusammenzuführen und füreinander fruchtbar zu machen.

Eckpunkt 2

Vor diesem Hintergrund wird in den Handlungsfeldern der Sozialgesetzgebung, der Integration, des demografischen Wandels und des Klimaschutzes das Fördern und Fordern zum politischen Prinzip erhoben. Dabei sollen die einzelnen Bürger zu leistungsfähigen, eigenverantwortlichen Bürgern befähigt werden.

Die Politik unterliegt bei der Neugestaltung der Verantwortungsteilung der Gefahr, die Leistungsfähigkeit der Bürger bei der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu unterschätzen oder aber die gesellschaftliche Verantwortung ausschließlich auf traditionelle Vereine oder Gruppen zu übertragen. Es ist die Aufgabe der Politik, Bürger aus allen gesellschaftlichen Gruppen (Milieus) zu unterstützen, damit sie sich der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung stellen können und zu ihrer Wahrnehmung befähigt werden.

Eckpunkt 3

In der Bundespolitik wird das Verhältnis zu den Kommunen in vielfältiger Weise berührt, vor allem in der Stadtentwicklungspolitik, der Sozialen Stadt, der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Familienpolitik. Eine konstruktive Zusammenarbeit lässt sich unter derzeitigen föderalen Zuständigkeitsregelungen und Ressortabgrenzungen schwerlich finden. Die Stadt als Grundpfeiler der politischen Vertrauensbildung zwischen Bürgerschaft und Politik ist aber das Zukunftslaboratorium für eine aktivierende Gesellschaftspolitik. Nur sie kann den mit dem Politikwechsel versprochenen partizipativen Handlungsrahmen zur Verfügung stellen.



Zu Eckpunkt 1: 2009 – Dekadenwechsel

Die Städte „neu vermessen“ und gestalten, den Rahmen gesellschaftlicher Integration neu fassen! Vor ziemlich genau zehn Jahren gab es Aufbrüche hin zu mehr Vernetzung und hin zur „Sozialen Stadt“. Unter diesem Titel entstand ein Förder- und Sanierungsprogramm und zu dessen professionalisierter Umsetzung ein neuer Beruf, der Quartiers- und Stadtteilmanager. Es entstanden zeitgleich Netzwerke rund um „neues“ Bürgerengagement. In einigen Ländern entstanden Landesnetzwerke auf der Grundlage von Absprachen zwischen kommunalen Spitzen und Ministerien (Baden-Württemberg), bei Stiftungen („Civitas“), aus Wohlfahrtsverbänden heraus (BAG Freiwilligenagenturen) und punktuell zu community organizing (FOCO), auf Bundesebene (BAG Soziale Stadt) und in der Folge der Enquetekommission des Bundestages das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Diese Entwicklung war auch Ausdruck eines sich verändernden Staatsbegriffes. Aus dem Versorgungs- und Fürsorgestaat wurde durch gesetzlichen Abbau, Umbau und Neuordnung vieler ehemals kommunaler oder staatlicher Dienstleistungen ein anderer Staat: aktivierend, verschlankt oder gewährleistend – je nach Sicht der Dinge. Der Sozialstaat war durch Massenarbeitslosigkeit und Globalisierung, schließlich durch die ersten Folgen des demografischen Wandels in die Defensive geraten. Die spezifisch sozialstaatlich geprägte deutsche Wohnungswirtschaft sah sich konfrontiert mit Verkäufen, Privatisierungen und erstmals rückläufigem Stadtumbau bei konstanten bzw. wachsenden Migrantenzahlen.

Nicht umsonst lautete vor zehn Jahren das Jahresmotto 1999 der wohnungswirtschaftlichen Verbände „Überforderte Nachbarschaften“. In der Zwischenzeit ist viel investiert worden und die Wohnungswirtschaft hat sich offensiv sowohl den Klimaschutzmaßnahmen als auch einem Gemeinwohlmanagement zugewandt und die Finanzierung vieler sozialpolitischer Bausteine in Quartieren selbst übernommen.

Auch haben Ministerien versucht, den sozialen Wandel bis hinein in die Kommunen sektoral durch Förderprogramme voranzubringen: etwa familienpolitisch mit Krippen und Mehrgenerationenhäusern; gesundheits- und demografiepolitisch mit Pflegestützpunkten; bildungspolitisch mit Investitionsanreizen für Ganztageschulen; arbeitsmarktpolitisch durch Hartz IV. Die „politische Hintergrundlandschaft“ ist noch krisenanfälliger geworden: Den globalen Klimaproblemen folgen die bildungspolitischen Schreckensbilanzen zu Migrantenkindern, dann folgen die globalen finanzpolitischen Probleme. Und wieder ist staatliches Handeln und Selbstverständnis neu herausgefordert, diesmal hin zum Interventionsstaat, von dem nicht abzusehen ist, ob es ihm möglich sein wird, das Gleichgewicht zu einer Bürgergesellschaft zu halten.

Unübersehbar ist, dass der Vertrauensverlust von Bürgern zur Politik fortschreitet: in Meinungsbefragungen, sinkenden Wahlbeteiligungen und Parteimitgliedschaften – trotz

gestiegener Engagementzahlen. Unübersehbar vor allem ist, dass sich die „real existierende“ soziale Situation der Städte gedreht hat: Aus Minderheitsfragen werden konstitutionelle Fragen der Stadtgesellschaft. Während die Bundespolitik bei Fragen der Armut, der Zuwanderung und des Alters noch von Minderheiten in der Gesellschaft ausgeht, stellt sich die Situation in vielen Kommunen tendenziell anders dar, quantitativ und qualitativ. Für die „Integrationsfunktion“, der Stadt zählt nicht, wer nach Nationalität Ausländer ist. Es zählt praktisch, welchen Erfolg Kinder mit Migrationshintergrund oder allgemein aus bildungsfernen Schichten in ihren Schulen haben und ob sie Vereine besuchen. Diese Kinder machen in vielen Städten mittlerweile bis zur Hälfte aller Grundschul Kinder aus. Für die Stadt und ihre „gefühlte Gerechtigkeit“ zählt, ob den ganz Armen und ganz Reichen hinreichend viele der sozialen Mitte gegenüberstehen – und deren Zahl (Anteil) sinkt auf etwa die Hälfte. Und es zählt nicht, wie viele Hochbetagte es gibt, sondern wie vielen Einpersonenhaushalten Mehrpersonenhaushalte im Sinne praktischer Leistungs- und Nachbarschaftsfähigkeit gegenüberstehen. Und auch dieses Zahlenverhältnis hat sich in Richtung gleicher Mengen verschoben. Was aber bedeutet Integration, wenn es nicht mehr um ein Verhältnis von Minderheit zu Mehrheit, um Eingliederung oder sogar soziale Kontrolle geht.

Integration und Nachbarschaft haben unter solchen Bedingungen einen neuen Gehalt bekommen. Ganz praktisch fragen einige Wohnungsgesellschaften deshalb nicht, wie sie Nachbarschaften erhalten, sondern wie sie „Nachbarschaft“ unter veränderten Bedingungen und Bedürfnissen „neu schaffen“ können.

In diesen zehn Jahren ist mehr passiert als nur „etwas mehr von allem dazugekommen“! In den Städten bildet sich eine andere Gesellschaft ab, zu der es letztlich andere politische Antworten braucht. Entweder verstärkt die Politik das Konfliktbefriedigungspotenzial: mehr Mittel für „Soziale Stadt“, mehr Mittel im klassischen Armutsbekämpfungsbereich, mehr Sondermaßnahmen für deutsch-türkische Schulabbrecher und für Kinderbetreuungseinrichtungen (siehe Bildungsgipfel). Sie hinterfragt nicht, auf welches Leitbild hin sie investiert und auf welche Ängste sie reagiert. Diese Politik spiegelt sich in den Worten: Überforderung, Überfremdung, Überalterung!

Oder die Politik sucht andere Wege und verfolgt die Aufgabe, die Menschen mitzunehmen und zu stärken. Sie stellt kritische Fragen, wie das Gemeinwesen mit der Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Stadtgesellschaft angemessener umgeht und allen Gruppen der Gesellschaft einen Platz der Teilhabe sichert. Dazu braucht es eine klare Vorstellung vom Staat, der gewährleistet, ermöglicht.



Zu Eckpunkt 2: Das neue Bild der Nachbarschaft und ihrer Bürgerschaft

Die Soziale Stadt als ein Projekt der Projekte in der Zivilgesellschaft! Vor zehn Jahren schienen wir vor die Alternative ge-

stellt: Egoismus oder Gemeinsinn. Der Individualismus und rückläufige Zugehörigkeitssinn wurden scharf kritisiert. Im Zuge des Förderprogramms Soziale Stadt haben wir besonders gemeinschaftsbildende Initiativen der Zusammengehörigkeit in Stadtquartieren ausgezeichnet. Eine Anerkennungskultur von Preisen ist allenthalben in den deutschen Stiftungen für gemeinsinniges Engagement betrieblicher und individueller Art entstanden. Gleichzeitig erkennen wir, dass wir für die Bewältigung elementarer Herausforderungen kompetente Individualisten brauchen. Die Förderung von Kindern in Armut, von Kindern im Kindergarten, von Migrantenkindern in der Schule, von modernen Konsumenten angesichts von Finanz- und Umweltkrise, von Mietern in schwieriger Nachbarschaft, von Menschen im hohen Alter im Angesicht der Alternativen ihrer Pflegemöglichkeiten zielen auf individuelle Entscheidungskompetenz, zielen darauf, ihren eigenen Nutzen mit dem des Gemeinwohls so gut es geht in Einklang zu bringen.

Für die Bürgergesellschaft so wichtig wie das Gemeinwohlengagement der Freiwilligen ist die Handlungsbereitschaft der Einzelnen im Sinne von Eigenverantwortung und Kooperation. Damit haben wir anzusetzen an den Rahmenbedingungen, die die Menschen in hohem Maße festlegen und prägen. Diese sind nicht durch gesetzliche oder ökonomische Lagen hinreichend bestimmt, sondern durch eigene Lebensentwürfe und Gruppenzugehörigkeiten (Milieus). Deren Erforschung hat in den letzten zehn Jahren große Fortschritte gemacht und erlaubt eine genauere Vorstellung, wie alle Milieus auf ihre Weise angesprochen und ihren Platz finden können. Wir wissen heute, dass bestimmte Milieus zu den Gewinnern des raschen sozialen Wandels gehören, weil sie z. B. modern, kosmopolitisch oder statusorientiert sind.

Wir wissen aber auch, dass es entwurzelte, traditionelle und hedonistische Milieus gibt, die eher zu den Verlierern gehören, aber völlig unterschiedliche Anforderungen stellen. Es gilt dieses Wissen mit dem Ziel zu nutzen, alle Bürger in den Prozess des sozialen Wandels aktiv einzubeziehen.

Wenn wir die Neuvermessung der Arbeit und Beziehungen in der Sozialen Stadt fordern, wissen wir, dass Stadtpolitik „bisheriger Art“ nur ein Projekt ist neben den anderen notwendigen Projekten in der Zivilgesellschaft, wie z. B. Wirtschafts- und Verbraucherpolitik. Auch die direkte Bürgermitwirkung bedarf der ständigen Weiterentwicklung. Sollten sich Bürgerbegehren klassischer Art als Bumerang erweisen, weil sie zu mehr Missbrauch durch Eliten und Verdrossenheit führen, sind neue Formen zu finden, statt alte Wege zu gehen. Nirgendwo sonst und so schnell wie in der Sozialen Stadt werden politische Milieuausgrenzung, Ungleichgewichte in der politischen Agenda und inkonsequente Reformen abgestraft durch Spaltung und Passivierung (oder Emotionalisierung) der Bürgerschaft. Vertrauen in Politik beginnt oder endet hier.



Zu Eckpunkt 3: Verantwortung in allen Belangen des öffentlichen Lebens und mit allen in dieser Gesellschaft teilen – Perspektiven über die Wahlen 2009 hinaus!

Es ist die Kunst einer weisen Politik, dass sie in der Gestalt der Parteien „ihre“ Klientel anspricht und mitnimmt auf einen gesamtgesellschaftlichen Kurs, der mehr Bürgergesellschaft möglich macht und die Bürger auf die Herausforderungen einer globalen Welt mit weniger Nationalstaat und sehr viel mehr Vielfalt und Risiko einstellt. Das Leitbild von der vielfältigen Stadt ist dabei hilfreicher als das von der Volksgemeinschaft, die mit Minderheitsproblemen zu kämpfen hat. Das Leitbild des Gewährleistungsstaates ist angesichts der Probleme hilfreicher als Allmacht oder Absenz des Staates. Das Leitbild von der Bürgergesellschaft, das zwischen individueller Kompetenz und Gemeinwohlandeln, zwischen unternehmerischem Erfolg und unternehmerischem Gemeinwohlmanagement nicht trennt, sondern dies für die zwei Seiten der gleichen Medaille hält unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit, ist hilfreicher als eine Trennung zwischen Politik und Gemeinwohldiskurs.

Der vhw hat sich dem Leitbild der Bürgergesellschaft verpflichtet und hält zehn Jahre nach den Anfängen der Sozialen Stadt eine Neuvermessung für notwendig. Dazu gehört nicht ein Mehr vom gleichen Programm, sondern ein ernsthafter Abstimmungsprozess der politischen Ebenen und Akteure. Wer den Zusammenhang des Vertrauensverlustes in die politischen Mechanismen der Politik mit unklaren Staatsvorstellungen, widersprüchlichen Maßnahmen und Ressortstrategien (und analog Ämterstrategien auf kommunaler Ebene) nicht einfach leugnet, muss ein Interesse haben, eine integrierte Politik zu betreiben. Hierbei ist der Kommunikation, der Teilhabe und der Reflexion von Maßnahmen so viel Platz einzuräumen wie der Machbarkeit und Umsetzung.

Eine nationale Stadtentwicklungspolitik wurde mit der Leipzig Charta 2008 auf den Weg gebracht, aber nur unzureichend mit europäischen Erkenntnissen und mit der aktuellen Wirtschafts-, Finanz-, Energie-, Sozial- und Migrationspolitik vernetzt. Die Zukunft unserer Städte verdient jedoch wegen ihres gesellschaftspolitischen Gehalts und als Grundpfeiler der politischen Vertrauensbildung zwischen Bürgerschaft und Politik größte Aufmerksamkeit.

Die Stadt ist insoweit eine Art Zukunftslaboratorium der Gesellschaft. Die Stadt wird der Rahmen sein, in dem wir neue Nachbarschaft erfahren. Eine Nachbarschaft, die letztlich ein von uns definierter und verantworteter sozialer Raum ist, an dem Verantwortung für sich selbst und „den Anderen“ geleistet werden kann. Ein Ort, der sinnlich erfahrbar und doch unabgeschlossen ist, weil er alle Einflüsse und Gegensätze einer globalen, gefährdeten Welt ansatzweise in sich birgt. Diese Orte – so zeigen unsere Studien – sind sowohl Wirklichkeit als auch Mythos. Genau diese Unbestimmtheit gilt es ernst zu nehmen als Gestaltungsauftrag für die Politik.